

Marktgemeinderat beharrt auf mindestens ein Bahnübergang in Oberlindhart

– Photovoltaikanlage Stiersdorf verabschiedet – Keine Entscheidung über Jugendsprecher-Mallersdorf-Pfaffenberg (al) Deutlich dominant war bei der letzten Sitzung des Marktgemeinderates im Klosterbräustüberl das Thema Bahn und dabei insbesondere die Schließung der Übergänge bei Oberlindhart. Der Markt hatte die Gelegenheit, sich während der laufenden Planfeststellung zu äußern und dies tat er jetzt auch in deutlicher Form. Ansonsten war wieder die Bauleitplanung im Markt und in den Nachbargemeinden ein zentrales Thema.

Mit Schreiben vom 18. März forderte die Regierung von Niederbayern den Markt auf, die Planfeststellungsunterlagen zur Schließung verschiedener Bahnübergänge in Oberlindhart öffentlich auszulegen. Es kamen mehrere Einwände, so Bürgermeister Wellenhofer. Während der Auslegung wurden Gespräche mit der Jagdgenossenschaft Oberlindhart geführt. Diese plädiert dafür, dass zumindest zwei Übergänge bleiben sollen. Intensiv war in der Folge die Diskussion, in welcher Form der Markt selber reagieren sollte. 2. Bürgermeister Hans Trepesch kritisierte heftig, dass das Eisenbahn-Bundesamt das Planfeststellungsverfahren bereits am 8. Februar eingeleitet hat und die Vertreter der Bahn bei der aufklärenden Aussprache im Marktgemeinderat am 23. Februar nichts davon erwähnt haben. Ein Großteil der Markträte meldete sich in der anschließenden Aussprache zu Wort. So sprach Marktgemeinderat (MGR) Thomas Stadler von einem „Fiasko für die Oberlindharter Bauern“. Der Oberlindharter Marktrat Hans Glöbl plädierte dafür, einfach alles abzulehnen, was in den Plänen enthalten ist. MGR Stumfoll meinte jedoch „Jeder Bahnübergang ist auch eine Gefahrenquelle“. Letztendlich ging es darum, wie viele Bahnübergänge noch bleiben sollen. Zunächst wurde darüber abgestimmt, ob zwei Übergänge gefordert werden sollen. Bei einem Stimmenverhältnis von 10 : 10 galt der Antrag als abgelehnt. Mit 19:1 Stimmen wurde dann beschlossen, auf alle Fälle darauf zu pochen, dass ein Übergang erhalten bleiben muss, und zwar bei Bahn-km 3,844. Akzeptiert wurde auch die von der Verwaltung ausgearbeitete Stellungnahme, welche in manchen Passagen fast schon einer Protestnote gleicht. In dem Schreiben wird zwar das Bemühen der Deutschen Bahn um eine attraktive Gäubodenbahn und zur Beschleunigung der Anbindung nach München begrüßt, jedoch die Vorgehensweise kritisiert. In diesem Brief kommt auch zum Ausdruck, dass bei den vorgesehenen Längswegen noch erhebliche technische Verbesserungen erforderlich sind. Diese betrifft nicht nur die Kurvenradien, sondern auch den Aufbau der Wege. Erneut wurde auf die großen Umwege der Landwirte hingewiesen. Des weiteren heißt es in diesem Papier, dass der Wert eines landwirtschaftlichen Grundstückes sich u. a. an der Erreichbarkeit und Zufahrtsmöglichkeit bemisst.

Beim nächsten Tagesordnungspunkt ging es um die Auflassung der Bahnübergänge in Niederlindhart. Die Schließung wurde letztlich akzeptiert, da weitere drei gesicherte Übergänge bestehen. Einwände sollen nach dem Wunsch des Marktgemeinderates jedoch zur technischen Qualität des Parallelweges und zu den Kurvenradien vorgebracht werden. Ortssprecher Andreas Hütter befürchtete, wenn die Züge schneller fahren, dass dann mehr Lärm für die Anwohner entsteht. Die Verwaltungsvorlage wurde schließlich akzeptiert.

O.k. für PV-Anlage Stiersdorf

Das Deckblatt Nr. 14 zum Flächennutzungs- und Landschaftsplan sowie der vorhabenbezogene Bebauungs- und Grünordnungsplan für das Sondergebiet „Photovoltaikanlage Stiersdorf“ lagen inzwischen vier Wochen aus. Bauamtsleiter Alois Lederer berichtete, dass nur mehr vom Bund Naturschutz Bedenken vorgebracht wurden. Dabei ging es hauptsächlich um den Erhalt der Eingrünungsmaßnahmen und der Ausgleichsflächen nach einem späteren Abbau der Photovoltaikanlage. Der Marktgemeinderat beließ es dabei, dass die naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen auf Dauer zu erhalten sind, die restliche Eingrünung jedoch nicht. Das Deckblatt Nr. 14 wurde festgestellt und der Bebauungs- und Grünordnungsplan als Satzung beschlossen. Keine Bedenken machte der Marktgemeinderat zu den Bauleitplänen der Gemeinde Neufahrn geltend, welche die Ausweisung eines Sondergebietes für eine Photovoltaikanlage Etttenkofen beinhalteten. Kein Problem hatte der Marktgemeinderat auch mit der Verlängerung der wasserrechtlichen Erlaubnis der Beck GmbH und CoKG zur Brunnenwasserentnahme für eine Kieswasch- und Sortieranlage sowie das Transportbetonwerk. Einverstanden zeigte sich der Marktrat auch mit der Bildung von neun Stimmbezirken für den Volksentscheid Nichtraucherschutz sowie die Bezahlung eines Erfrischungsgeldes von 20 Euro für alle Wahlhelfer am 4. Juli.

Jugendsprecher und kein Ende.

Erneut ging es diesmal um die künftige Zusammensetzung der Jugendsprecher. Seit Monaten gibt es Querelen im Zusammenhang mit einer Zuschussablehnung (wir berichteten). Jetzt ging es darum, das Gremium neu zu bilden, nachdem seit der April-Sitzung aufgrund verschiedener Rücktritte diese Ämter verwaist sind. Die Fraktionen hatten unterschiedliche Ansichten. Für die CSU hielt MGR Markus Wargitsch vier Personen für sinnvoll. MGR Dr. Röder befürchtete dabei Patt-Situationen, wenn es um Abstimmungen geht. Letztlich einigte man sich trotz erheblicher Gegenstimmen auf 4 Leute. Die Besetzung geriet dann nahezu zu einem parteipolitischen Schlagabtausch. Auf Vorschlag von Bürgermeister Wellenhofer wurde die Neubesetzung schließlich vertagt. Die Fraktionssprecher sollen es jetzt intern „richten“.

Abgelehnt wurde die Verlängerung des Gehweges neben der Kreisstraße SR 59 bis zum nördlichen Ortsende von Upfkofen. Außerdem ging es um die Erhöhung eines Gehweges bei einer aufgelassenen Hofeinfahrt vor dem Wohnhaus Brummer im Zusammenhang mit der Kreisstraßensanierung. MGR Margarete Stadler plädierte aus Sicherheitsgründen für eine Anhebung des Bordsteines und des Weges. Der Marktgemeinderat sah darin lediglich eine optische Verbesserung und lehnte dies ebenfalls ab.

MGR Edeltraud Fahrner meinte zur Freibaderöffnung, dass sich der Markt einiges gespart hätte, wenn angesichts der kalten Witterung die Öffnung verschoben worden wäre.